

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Rieser, General Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1938, Nicolaistraße Nr. 52.

Nr. 149.

Donnerstag, 29. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eintragender in Kontrakt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Lehmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Rieser.

Auf Blatt 572 tiefen Handelsregaliers, die Firma **Norslat & Oehme in Rieser** betr., ist heute eingetragen worden: Die Zweigniederlassung in Hamburg ist aufgehoben worden. Amtsgericht Rieser, den 28. Juni 1922.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Landstraße von Dörschütz nach Dabrenz liegt beim Postamt Rieser vom 6. Juli ab 4 Wochen aus. Dresden-Nr. 6, den 28. Juni 1922. Telegraphenbauamt 2.

## Sächsischer Landtag.

Dresden, 28. Juni.

Am Ministertisch: Minister Lipinski, Seidt, Fleischer, Hellwig, Mittau.

Präsident **Frühdorf** eröffnet die Sitzung gegen 10 Uhr. Ich habe die Mitteilung zu machen (Komm. **Gewert** ruft: Der Abg. Dr. Wagner muß herunter, wenn er anständig wäre, würde er verschwinden!) Der Präsident sucht sich Gehör zu verschaffen.

Abg. **Müller-Chemnitz** (S.): Wir hätten erwartet, daß der Abg. Dr. Wagner, der der Partei angehört, die den Würdigen nahesteht, soviel Tatkraft gehabt hätte, der Sitzung fernzubleiben. Wenn Dr. Wagner nicht den Saal verläßt, werden wir gehen.

Der Präsident gibt hierauf bekannt, daß Dr. Wagner erklärt habe, er hätte keinen Grund, den Saal zu verlassen. Hierauf verläßt die gesamte Linke unter Protestrufen den Saal. — Beim Verlassen des Sitzungssaales ruft Abg. **Renner** (Komm.) dem Präsidenten zu: Herr Präsident, verlassen Sie doch auch den Saal!

Präsident **Frühdorf**: Ich weiß genau, was ich zu tun habe.

Der Landtag erhebt sich hierauf von seinen Sitzen, um die Geschäftsmitteilung des Präsidenten anzuhören:

Laßen wir uns nicht tören in dem, was wir vorhaben. Wie diese Stimmung entstanden ist, die uns jetzt beherrscht, wird Ihnen begreiflich sein, angesichts des Daudes des politischen Lebens, unter dem wir gegenwärtig leben. Am 24. Juni ging durch Deutschland die würdige Kunde von einem schrecklichen Verbrechen, das von einer Vereinigung, nicht von einer einzelnen Person ausgeht, dem der Außenminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist. Er ist menschenwürdig ermordet worden. Einer der besten Männer Deutschlands wurde aus unserer Mitte gerissen. Er war ein Mann, den Deutschland gerade in dieser Zeit sehr notwendig braucht. Bei aller Kenntnis und Berücksichtigung der Verhältnisse, unter denen Deutschland gegenwärtig zu leben hat, verlor er nie die Hoffnung und den Mut, daran mitzuarbeiten, daß Deutschland aus der Krise herauskomme. Er hat dafür die dankenswerten Vorschläge gemacht. Ein Mann der Wissenschaft, war er auch eine Kräfte deutscher Technik, ein Volkswirt bester Art, ein braver, selbstloser Mann, der sich in dieser Zeit in unheimlicher Weise seinem Vaterlande zur Verfügung gestellt hat. Er stand in des Wortes vollster Bedeutung für sein Vaterland. Er wollte sein schwerbedrücktes, sein wehr- und rechtloses Vaterland aus der Not herausführen. Er war der Mann dazu, an diesem Ziele wesentlich mitzuarbeiten. Das ganze Deutsche Reich ist tief erschüttert über den unerfesslichen Verlust. Nicht minder schwer ist die Familie betroffen, die ihr bestes Mitglied verloren hat. Schwer ist auch der Verlust für die Demokratische Partei, die Rathenau zu ihren hervorragendsten Mitgliedern rechnen durfte. Wir sprechen der Partei und der Familie unser Beileid aus. Vizepräsident Dr. Wagner hat der Familie unsere Trauer über diese ungeheuerliche Tat übermitteln. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen. Die Gräfin hat sich geschloffen über Rathenau, nicht aber die Wunden, die uns geschlagen worden sind. Die ungeheure Ausregung, die augenblicklich durch Deutschland geht, ist begreiflich, aber dennoch dürfen wir trotz der Nachlässigkeit dieser Tat die Ruhe nicht verlieren und müssen uns immer wieder die Frage vorlegen: Was nun? Wir müssen versuchen, die Wunde zu schließen, die der Tod gerissen hat. Auch die Abgeordneten, die den Saal verlassen haben, trauern mit uns. Das ganze sächsische Volk trauert um Rathenau. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben, ich stelle das fest. Der Name Rathenau wird in der deutschen Geschichte fortleben. Zum Zeichen der Trauer schlage ich vor, die Sitzung um eine Stunde zu versetzen.

Das Haus stimmt dem zu. Nach Wiedereröffnung der Sitzung kurz nach 12 Uhr erhält

Abg. **Wirth** (S.) das Wort zu einer Erklärung, in der die drei Linksparteien beantragen, zwecks Abhaltung einer Trauerkundgebung der drei Arbeiterparteien im Saale der ersten Kammer die Sitzung um eine weitere Stunde zu unterbrechen.

Der Präsident beraumt daraufhin die nächste Sitzung auf 2 Uhr nachmittags an.

### Die Trauerkundgebung der Linksparteien.

Die Trauerkundgebung wird durch den Abg. **Wirth** (S.) eröffnet.

Landtagspräsident **Frühdorf** nahm dann das Wort, um zuerst des Menschen Rathenau und dann des Staatsmannes zu gedenken. Dann führte der Redner des weiteren noch aus: Die Erregung im Reiche ist eine ungeheure große und eine Auflösung des Parlamentes erscheint dringend notwendig, damit die Abrechnung mit den Parteien, die mitschuldig sind an dem Verbrechen, erfolgen kann. Das wird sicherlich seine Rückwirkung auf den sächsischen Landtag haben. In der nächsten Zeit wird es voraussichtlich schwere Stunden geben, dazu wird es notwendig sein, daß alle diejenigen, die zur Republik halten, geschlossen zusammenstehen. Diese Einigung aber wünschen wir nicht nur innerhalb der sozialistischen Parteien und der Arbeiterchaft sondern auch bis weit in die Kreise des Bürgertums und der Beamtenschaft hinein. — Nachdem sich der Redner dann

nach einmal über die Ursachen zum Mord verbreitet hatte, knüpfte er die Mahnung daran: Wir dürfen aber die Reibschaffen des Volkes nicht noch mehr aufkochen; es ist heute leicht, draußen eine Rede gegen rechts zu halten und damit viel Beifall zu wecken. Das ist aber sehr notwendig! ruft Minister **Fleischer** und verläßt nach diesen Worten den Saal.) Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Redner dann noch auf die Ausnahmestimmungen hin, die ein notwendiges Übel, sich in der Hauptfrage — wie der Reichsjustizminister erklärt hat — gegen rechts richten; er müsse aber ebenso dringend die Linksparteien bitten, sich all dessen zu enthalten, was dazu führen könne, die Ausnahmestimmungen auch gegen sie anzuwenden.

Abg. **Wirth** (S.) erteilt dann dem Abg. Dr. **Seufert** das Wort, der etwa ausführt: Als Vertreter der Partei, der der ermordete Reichsminister politisch angehört, bitten wir im Rahmen der Trauerkundgebung den Ausführungen des Herrn Präsidenten eine kurze Erklärung zuzufügen zu dürfen. Es drängt uns, auszusprechen, daß die ruchlosen Mörder sich schwer an dem ganzen Volke veründigt haben, indem sie einen der besten und bestbegabtesten Führer, einen Mann, der selbstlos und unermüdet seine hohen Gaben dem Wohle des Vaterlandes hingab, aus blinder Wut getötet haben. Es drängt uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß der Anschlag nicht so sehr der Person des Staatsmannes, sondern vielmehr dem freien Volksstaat, der deutschen Republik, gegolten hat. Es ist uns ernste Pflicht, indem wir dankbar des Toten gedenken, uns erneut zur Republik zu bekennen. — Ueber alle Gegensätzlichkeit zu den übrigen republikanischen Parteien hinweg, zu der wir deutschen Demokraten Sachsen durch die politischen Verhältnisse des Landes gezwungen sind, sind wir mit diesen darin einig, daß die Republik mit allen gesetzlichen Mitteln gegen ihre Feinde gekämpft werden muß. Es müssen sich Mittel finden lassen, durch die Verbrechen, die aus geheimer und öffentlicher Aufregung gegen die Republik hervorgehen, noch Menschenmögliche verhindert werden. Mit allen Mitgliedern des Hauses teilen wir den Abscheu vor der entsetzlichen Tat und den Wunsch, daß die Tat bald ihre Sühne finde. Mit allen Ehrfurchtigen des Volkes aber glauben wir uns eins in der Ueberzeugung, daß nicht das und Kampf, sondern Zusammenstehen und gemeinsame Arbeit unser Volk retten wird.

Abg. **Wirth** (S.) bringt zum Schluß ein Hoch auf die deutsche Republik aus.

Um 1 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident empfiehlt dem Landtage eine Reihe von neu eingegangenen Vorlagen den Haushaltsausschüssen zu überweisen. Der Landtag beschließt demgemäß.

Das Wort nimmt hierauf Minister **Lipinski** zu einer Regierungserklärung, in dem die Regierung den Mord an Dr. Rathenau nur als ein Glied in der Kette des planmäßig organisierten politischen Terrors bezeichnet und macht für die Pogromstimmung zur Verübung politischer Verbrechen die Rechtspreffe, sowie die durch die rechtsstehenden Parteien veranstalteten Feiern usw. verantwortlich. Mit der Regierung sei sich die Staatsregierung einig, daß alles getan werden müsse, um die monarchisch-nationalistische verfeuchte politische Atmosphäre Deutschlands gründlich zu reinigen. Ein weiterer Teil der Erklärung bezieht sich mit der Verurteilung der sächsischen Regierung, betr. Verbot aller monarchisch-nationalistischen Kundgebungen usw. und stellt in Verbindung hiermit fest, daß die Reichsregierung darauf hingewiesen sei, daß die Reichswehr die monarchisch-nationalistische Agitation durch Stellen von geschlossenen Formationen zu Regimentssoldaten usw. begünstigt hat und dies vom Reichswehrminister angeordnet worden ist, ohne der sächsischen Regierung hiervon Kenntnis zu geben. Die Regierung habe es daher der Reichsregierung für geboten gehalten, einen Befehl im Reichswehrministerium einbringen zu lassen. Wenn alle überzeugten Republikaner und Sozialisten zusammenstehen, dann wird die Luft zu monarchischen Erhebungen bald vergehen. Die Regierung wird weiter bemüht sein, die Republik zu festigen und die Verwaltung von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Am Schluß der Erklärung bittet die Regierung verschiedene gesetzgeberische Arbeiten baldigt den Vorlagen gemäß zu verabschieden und weist schließlich den Wortwurf zurück, daß sie an ihren Remter klebe. Die Regierung wird dem Landtage ihre Remter zur Verfügung stellen, wenn der Landtag dies von ihr fordert. Der Schluß der Erklärung klang aus in einem Ruf aus alle Republikaner, zusammenzutreten in der Abwehr der Feinde und die Republik nach Kräften zu stützen und zu schützen.

Hierauf schließt sich eine Geschäftsordnungsansprache. Abg. **Wirth** (S.) erklärt, daß alle Parteien das Begehren haben, zu der durch den Mord geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und zwar so bald wie möglich. Auch sind aus dem Lande eine Reihe von gewalttätigen Terrorakten von linksradikaler Seite gemeldet worden; wir wünschen deshalb, daß die Befragung der Regierungserklärung schon morgen stattfindet.

Minister **Lipinski** erklärt, daß die Regierung der Ansprache nicht aus dem Wege gehe. Da aber die Reichsregierung die Ministerpräsidenten der Länder zu sich gebeten habe, muß ich als Stellvertreter des Ministerpräsidenten und morgen in Berlin sein und kann deshalb hier nicht zur Verfügung stehen.

Abg. **Seufert** (Dm.): Wir haben ein ganz besonderes Interesse daran, recht bald, möglichst sofort, die Befragung über die Regierungserklärung und die politische Lage vorzunehmen. (Wem links.)

Abg. **Wirth** (S.): Wir beantragen, die Sitzung auf nächsten Dienstag zu versetzen.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen. — Die Sitzung wird geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag, den 4. Juli, vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Befragung der Regierungserklärung und Erledigung der heutigen Tagesordnung.

### Eine Erklärung der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt folgendes: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist durch die von der sozialistischen Landtagsmehrheit beschlossene Vertagung der politischen Aussprache der Reichsregierung über die Ermordung des Reichsaussenministers Rathenau geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Sie legt Wert darauf, schon hierdurch ihrem Abscheu und ihrer Entrüstung über diese menschenwürdige Verbrechen in, sondern eine Handlung politischen Wahnsinns, die das deutsche Volk seiner geistlichen Entwicklung auf das Schwerste gefährdet. Sie fordert, daß seitens der zuständigen Stellen alles geschieht, um der Mörder habhaft zu werden und um ähnliche Taten für die Zukunft zu verhindern. Sie erhebt schärfsten Einspruch dagegen, daß der Mord Rathenau von linksradikaler Seite als Anlaß zu einer wilden Hebe gegen das Bürgertum genommen wird, die bereits in verschiedenen Teilen des Landes, besonders in der Lausitz, zu schweren Ausschreitungen geführt hat.

## Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 28. Juni.

Präsident **Loebe** gedenkt zunächst des furchtbaren Eisenbahnunglücks auf dem Nordring und spricht den Verwundeten und den Hinterbliebenen der Getöteten das Beileid des Reichstags aus. Die Abgeordneten hatten sich erhoben.

Der Nachtragsetat für 1922 wird in allen drei Lesungen angenommen, mit einer Entschliebung, die sozialen Bezugszulagen der Geldwertung anzupassen. Ebenso wird endgültig angenommen der Gesetzentwurf über Erhebung der statistischen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Auslande und eine Verlängerung des Gesetzes zur Vorübergehenden Erhebung über Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923.

Das Gesetz über Abstreichungen vom Einkommensteuergesetz geht an den Volkswirtschaftsausschuss. Ein Zusatzkommen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberösterreich wird endgültig angenommen. Desgleichen die Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs und über Veräußerung von Gärten und Gärten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

### Arbeitszeit im Bergbau unter Tage.

Der Ausschuss hat das Gesetz auf alle Gruben ausgedehnt. Die allgemein durch Tarife festgesetzte Arbeitszeit soll bindend sein. Ueberstunden können durch allgemeinverbindlichen Tarifvertrag vereinbart werden.

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragt, das Gesetz auch auf die Salinen auszuweiten und die Schichtzeit auf längstens 7 Stunden festzusetzen.

Reichsarbeitsminister **Brauns** erklärt sich mit den Ausschussbeschlüssen einverstanden, bekämpft aber die kommunikativen Anträge, die zu einer Produktionsminderung führen und die Durchführung des Gesetzes verzögern müßten.

Abg. **Pfeifer** (U. Soz.) und Abg. **Jentsch** (Soz.) stimmen den Ausschussbeschlüssen zu.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Ausschussentschliebung, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten verlangt.

### Arbeitsnachweisgesetz.

Die Regierung wollte die gewerbmäßige Stellenvermittlung vom 1. 1. 1931 ab verbieten. Der Ausschuss will keine gewerbmäßigen Stellenvermittler neu konfessionieren und die vorhandenen der Aufsicht der Arbeitsnachweisämter unterstellen. Weiter bringt die Vorlage den Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise und für die meisten Arbeitgeber den Zwang zur Anmeldung offener Stellen. Als Arbeitsnachweisämter werden eingerichtet die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter für Arbeitsvermittlung und als Spitze das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Reichsarbeitsminister **Brauns**: Die Vorlage schafft keinen neuen, großen Apparat mit einem neuen Beamtenbezug. Die Zahl der Arbeitsnachweise werde eher vermindert. Maßgebend sei der Grundsatz voller Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Schutz der Minderheiten. Die Vorlage bedeute einen wesentlichen Fortschritt, die Arbeitsvermittlung werde unentgeltlich. Wegen der im Herbst zu befristenden Arbeitslosigkeit sei das Gesetz unentbehrlich.

Abg. **Kaiser** (Soz.): Wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter glauben, daß es nach den vielen Vorarbeiten möglich sein muß, das Gesetz rasch zu erledigen. Nicht verständlich ist es, daß die linksradikalen und die christlichen Gewerkschaften ihren eigenen Minister im Stich gelassen haben. Redner empfiehlt Abänderungsanträge, die ein Verbot der gewerbmäßigen Stellenvermittlung schon vom 1. Januar 1925 an verlangen. Die landwirtschaftlichen